



IBERO-ANALYSEN

Dokumente, Berichte und Analysen
aus dem Ibero-Amerikanischen Institut
Preußischer Kulturbesitz
Berlin

Heft 13

November 2003

Uruguay: zwischen Niedergang und neuen Wegen

Rodrigo Arocena



This work is licensed under the Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland License. To view a copy of this license, visit <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>.

The online version of this work can be found at:
<www.iai.spk-berlin.de/publikationen/ibero-analysen.html>



Rodrigo Arocena: *Unidad de Ciencia y Desarrollo, Facultad de Ciencias, Universidad de la República, Uruguay*



Das Ibero-Amerikanische Institut (IAI) ist ein disziplinenübergreifend konzipiertes Zentrum der wissenschaftlichen Arbeit sowie des akademischen und kulturellen Austauschs mit Lateinamerika, Spanien und Portugal. Es beherbergt die größte europäische Spezialbibliothek für den ibero-amerikanischen Kulturraum, zugleich die drittgrößte auf diesen Bereich spezialisierte Bibliothek weltweit. Gleichzeitig erfüllt das IAI eine Funktion als Stätte der außeruniversitären wissenschaftlichen Forschung sowie als Forum des Dialogs zwischen Deutschland, Europa und Ibero-Amerika.

Die **IBERO-ANALYSEN** richten sich in erster Linie an Entscheidungsträger aus Politik, Kultur und Wirtschaft. Sie greifen themenorientierte und länderbezogene Fragestellungen auf und liefern aktualitätsbezogene, aber über den tagespolitischen Horizont hinausreichende Informationen zu Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur der Länder Ibero-Amerikas. Ausgewiesene Fachwissenschaftler bieten in den **IBERO-ANALYSEN** Orientierungswissen in allgemeinverständlicher Form, das den interkulturellen Dialog zwischen Deutschland und dem ibero-amerikanischen Kulturraum anregen und unterstützen soll.

Das Ibero-Amerikanische Institut bemüht sich, in seinen Publikationen vielfältige Meinungen zu Wort kommen zu lassen. Diese stellen jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des IAI dar. Die **IBERO-ANALYSEN** sind für den persönlichen Gebrauch bestimmt. Nachdruck nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des IAI und mit vollständiger Quellenangabe. Die **IBERO-ANALYSEN** können auch über die Homepage des IAI im PDF-Format heruntergeladen werden:
(<http://www.ibero-analysen.de>).

Redaktion

Dr. Peter Birle
Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz
Referat Forschung und Projekte
Potsdamer Straße 37
10785 Berlin
Telefon: 030 – 2662515
Telefax: 030 – 2662503
e-mail: birle@iai.spk-berlin.de
<http://www.iai.spk-berlin.de>

1. Auflage 2003

© Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz, Potsdamer Straße 37,
10785 Berlin

ISBN 3-935656-14-9

Uruguay: zwischen Niedergang und neuen Wegen

Rodrigo Arocena

Zusammenfassung: Der folgende Beitrag bietet ein umfassendes Panorama der aktuellen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage in Uruguay unter Berücksichtigung des historischen Kontextes. Ein besonderes Augenmerk gilt der politischen Landschaft im Vorfeld der 2004 anstehenden Wahlen sowie deren möglichen Konsequenzen auf lange Sicht.

ERSTER TEIL: RÜCKBLICK

Historische Einordnung

Gegen Mitte des 20. Jahrhunderts galt Uruguay in Lateinamerika als Vorbild. Dies bestätigten die ökonomischen und sozialen Indikatoren, insbesondere im Bereich der Bildung.

Die vergleichsweise privilegierte Stellung des Landes war aus jahrzehntelangen Anstrengungen erwachsen. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts erlangte die Einführung der Grundschulbildung für alle nationale Priorität. Neben Argentinien entwickelte sich Uruguay zum Vorreiter auf dem Gebiet der Volksbildung in Lateinamerika. Dabei wurde die technische Ausbildung allerdings notorisch unterbewertet – ein in der gesamten Region zu beobachtendes folgenschweres Phänomen.

Während der ersten Jahre des 20. Jahrhunderts fanden die Bürgerkriege ein Ende, unter denen das Land seit der Unabhängigkeit chronisch gelitten hatte. Fachleute halten die Demokratie in Uruguay für die älteste Lateinamerikas. Schon vor der Konsolidierung der Demokratie wurden Anfang des 20. Jahrhunderts die Grundlagen für einen bahnbrechenden und im regionalen Kontext außergewöhnlichen „Wohl-

fahrtsstaat“ gelegt. So entstand das von manchen als „Musterland“ bezeichnete „Uruguay batllista“, benannt nach José Battle y Ordóñez, der von 1903-1907 sowie von 1911-1915 das Land regierte und eine überaus einflussreiche Politikerpersönlichkeit war.

Die fortschrittliche, sozial orientierte Staatspolitik basierte anfangs auf einem sehr erfolgreichen „Wachstum nach außen“ durch den Agrarexport, der besonders mit dem Verkauf von Wolle, Fleisch und Leder nach Westeuropa einen enormen Aufschwung erfuhr. Im Zusammenspiel mit dem Zustrom europäischer Immigranten führte diese Dynamik zu einer frühen Industrialisierung, die von den dreißiger Jahren an zum Hauptmotor einer Art „Wachstum nach innen“ wurde.

Eine Folge dieser Entwicklung war die Stärkung des urbanen Charakters Uruguays und die Konzentration seiner Bevölkerung in Montevideo – Hafen, Hauptstadt und Industriezentrum in einem. Es kam zu einem Zuwachs des Industrieproletariats sowie der Industrieunternehmensschaft, und es entstand eine regierungsunabhängige, linksorientierte Gewerkschaftsbewegung. Der soziale Aufstieg der städtischen Mittelschichten ging einher mit einer Ausweitung des Bildungssektors

Gegen Mitte des 20. Jahrhunderts galt Uruguay in Lateinamerika als Vorbild. Dies bestätigten die ökonomischen und sozialen Indikatoren, insbesondere im Bereich der Bildung.

und der Beschäftigung im öffentlichen Sektor. Diese Kombination prägte sowohl die Politik als auch die Kultur des Landes.

Der Außenhandel blieb jedoch abhängig vom Export einiger weniger Primärprodukte. Bald nach 1860 stellten sich Verbesserungen in der Agrarproduktion ein, die zum Großteil auf die Einführung von „Grundtechnologien“ (z.B. Einzäunung der Ländereien, Schafzucht, Kreuzungsmethoden) zurückgingen. Deren wachstumsfördernde Wirkung ließ in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts nach. Fortschritte hingen nun von der Einführung spezifisch dem Kontext angepasster Technologien ab, und damit in starkem Maße vom nationalen Forschungs- und Innovationspotential – ein sehr schleppend verlaufender Prozess. So geriet die Produktion der Hauptexportgüter ins Stocken.

Die Industrie erfuhr ein bedeutames Wachstum, durchlief jedoch lediglich die erste, relativ unkomplizierte Phase der Importsubstitution in der Fertigwarenindustrie. Zweifelsohne hatte dies auch mit der geringen Größe des Binnenmarkts zu tun, welche nicht für Massenproduktion geeignet ist. Als weiterer Hemmschuh wirkte der „unvernünftige Protektionismus“, der, so Fernando Fajnzylber, charakteristisch war für die Etappe des „Wachstums nach innen“ in Lateinamerika. Diese Etappe begann nach der Krise von 1930 und endete mit der erneuten Krise der achtziger Jahre. Die staatliche Förderung für die Industrie war zwar beträchtlich, folgte aber keiner klaren Linie. Es wurden weder Fristen gesetzt noch Gegenleistungen von den begünstigten Unternehmen gefordert, etwa eine Steigerung ihrer Produktivität oder

ihrer Exportanstrengungen. Das Ergebnis war, so nochmals Fajnzylber, eine „verstümmelte Industrialisierung“.

Von der Stagnation in die Diktatur

Gegen Ende der fünfziger Jahre geriet Uruguay in eine längere Phase wirtschaftlicher Stagnation.¹ Die Aufrechterhaltung des Wohlfahrtsstaates erwies sich als zunehmend problematisch. Eine Regierung nach der anderen strebte nach einer Wiederherstellung der Unternehmensgewinnspannen, ohne jedoch tiefergehende Veränderungen in die Wege zu leiten. Die Verteilungskonflikte mehrten sich.

Die Lateinamerika während der darauffolgenden zehn Jahre erschütternden politischen Prozesse wurden mehr und mehr von sozialen Auseinandersetzungen geprägt. Das Mobilisierungspotential der Gewerkschaften erhöhte sich zusehends. Kleinere Guerillaformationen tauchten auf. Von 1968 an rollte das Land unaufhaltsam dem Putsch entgegen, als die Regierung dazu überging, mit für das Land ungewöhnlicher Härte und fortwährenden Rechtsbrüchen gegen die Opposition vorzugehen und sogar die Umtriebe von Todesschwadronen förderte.

So entstand ein reicher Nährboden für die Guerilla. Zu ihrer Bekämpfung wurden im Jahr 1971 die Streitkräfte herangezogen. Die Wahlen in jenem Jahr – inmitten eines Klimas der Gewalt und mit Unregelmäßigkeiten, die eigentlich längst aus der Geschichte des Lan-

Von 1968 an rollte das Land unaufhaltsam dem Putsch entgegen, als die Regierung dazu überging, mit für das Land ungewöhnlicher Härte und fortwährenden Rechtsbrüchen gegen die Opposition vorzugehen und sogar die Umtriebe von Todesschwadronen förderte.

¹ „Zwischen 1956 und 1972, einer Phase der Stagnation, betrug der jährliche Zuwachs des BIP Uruguays 0,8%“ (*Instituto de Economía, 2001: 139*)

des verbannt schienen – zeugten von einer starken Polarisierung der Wählerschaft. Sieger wurde Kandidat der Regierung. Die Guerrilla startete eine Offensive und wurde 1972 endgültig zerschlagen.

Dies jedoch konnte den Putsch nicht aufhalten, im Gegenteil: der Putsch sollte das gesamte politisch-demokratische Leben auslöschen. „Der Staatsstreich war ausdrücklich gegen die politischen Parteien gerichtet, die von den Putschisten als direkte Verantwortliche – sei es durch Aktivität oder Inaktivität – für die politische Krise in Uruguay angesehen wurden.“ (Instituto de Ciencia Política, 2003: 28) Mit der Parlamentsauflösung im Juni 1973 begann eine Diktatur ohne institutionelle Schranken, die voll vom Militär kontrolliert wurde. Brutale und systematische Menschenrechtsverletzungen nahmen überhand.

Das Militärregime trieb die Öffnung und Deregulierung der Wirtschaft voran, nicht jedoch die Privatisierung staatlicher Unternehmen und Dienstleistungseinrichtungen. Insbesondere arbeitete es systematisch am Projekt der Etablierung Uruguays als regionalem Finanzplatz. Zu diesem Zweck wurde der freie Kapitalverkehr eingeführt, der Dollar als Zahlungsmittel auf dem Binnenmarkt anerkannt, und ohne größere Schwierigkeiten konnten Offshore-Banken eingerichtet werden.

Wie in vielen Regionen Lateinamerikas mündete diese Wirtschaftspolitik in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre in einer übermäßigen Inanspruchnahme damals leicht zu erhaltender ausländischer Kredite. Es folgten eine Spekulationswelle, eine kurze Etappe relativen Wohlstands und dann der plötzliche

Absturz. Die 1982 ausgebrochene Krise führte in den beiden darauffolgenden Jahren zu einem drastischen Rückgang von Produktion, Beschäftigung und Volkseinkommen.

Die Demokratisierung

Mit der Krise wuchs auch die Unzufriedenheit über die Diktatur. Der zivile Widerstand vor allem der Gewerkschaften, Studenten und linker Organisationen breitete sich auf fast alle politischen Sektoren aus. Die Diktatur bemühte sich um eine kontrollierte Öffnung des Regimes – ein Plebiszit und parteiinterne Wahlen unter starker Einschränkung der Freiheitsrechte sowie unter Ausschluss der Linken. Die neuen, zum Handeln autorisierten Parteiführungen artikulierten jedoch lautstark gegen Mitte des 20. Jahrhunderts galt Uruguay als lateinamerikanisches Vorbild. Dies bestätigten die ökonomischen und sozialen Indikatoren, insbesondere im Bereich der Bildung. ihren Ruf nach Demokratie und das Regime musste immer mehr Zugeständnisse machen. Der Übergangsprozess war geprägt von Massenmobilisierungen, Repression und Verhandlungen. Im November 1984 fanden Wahlen statt, wobei zwar einigen Parteiführern „Kandidaturverbot“ auferlegt war und die politischen Gefangenen in Haft blieben, aber immerhin alle großen politischen Gruppierungen teilnehmen konnten. In jenen Tagen war das ganze Land ein großes Fest.

Im März 1985 hatte Uruguay, wenngleich verarmt und mit vielen leidvollen Erfahrungen im Gepäck, wieder eine demokratisch gewählte Zivilregierung. Seither hat sich die Demokratie im Lande stabilisiert. Die republikanischen Institutionen funktionieren ordnungsgemäß. Uru-

Im März 1985 hatte Uruguay, wenngleich verarmt und mit vielen leidvollen Erfahrungen im Gepäck, wieder eine demokratisch gewählte Zivilregierung. Seither hat sich die Demokratie im Lande stabilisiert.

Die Politik Uruguays zeichnet sich durch eine bemerkenswerte Kontinuität und einen nicht weniger bemerkenswerten Wandel aus.

guay hat, in Bezug auf die vergleichsweise starke Respektierung der öffentlichen Freiheiten und die Einbindung der Bevölkerung ins demokratische System, seine Vorreiterrolle wiedergewonnen.

Die Diktatur allerdings hat ihre Spuren hinterlassen. Zum einen sind die damals von der Regierung begangenen Menschenrechtsverletzungen niemals gerichtlich untersucht worden, ja, es gab kaum offizielle Nachforschungen. In dieser Hinsicht steht Uruguay weit hinter anderen Ländern mit ähnlichen Erfahrungen zurück.

Zum anderen ist die Erinnerung an die Diktatur sowie die ihr vorausgegangenen Auseinandersetzungen noch so frisch, dass weitgehender Konsens darüber besteht, ähnliche Konflikte zukünftig vermeiden zu müssen. Der Wille zum Dialog und zum Verhandeln wird immer wieder aufs Neue deutlich. Trotz der erneuten und zugespitzten sozioökonomischen Krise konnte der öffentliche Frieden im Großen und Ganzen – nimmt man die „normalen“ lateinamerikanischen Verhältnisse als Maßstab – bis heute gewahrt werden.

Politik und Parteien

Die Politik Uruguays zeichnet sich durch eine bemerkenswerte Kontinuität und einen nicht weniger bemerkenswerten Wandel aus. Kontinuierlich ist die Präsenz der sogenannten „traditionellen Parteien“ – *Partido Colorado* und *Partido Nacional* (bzw. *Blanco*) –, der beiden einzigen Parteien, die das Land durch seine ganze Geschichte begleitet haben und die bis in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts zusammen mindestens 90 % aller Wählerstimmen auf sich vereinigten. Seit dem Ende der Diktatur re-

giert immer eine dieser beiden Parteien, mit mehr oder weniger Unterstützung durch die andere Partei. Uruguay ist eine präsidentiale Republik. 1984 und 1994 wurde Julio María Sanguinetti von der *Colorado*-Partei zum Präsidenten gewählt; 1989 Luis Alberto Lacalle von der Nationalpartei und 1999 der derzeitige Präsident Jorge Batlle von der *Colorado*-Partei.

Doch die traditionelle Zweiparteienherrschaft Uruguays ist verschwunden. Im Jahre 1971 wurde die *Frente Amplio* (FA) gegründet, ein Bündnis fast aller linksorientierten Gruppierungen mit Christdemokraten, abgespaltenen Sektoren der *Blanco*- und *Colorado*-Partei sowie vielen bis dato Parteilosen. Sie erreichte bei den Wahlen in jenem Jahr 18 % der Wählerstimmen. Während des Widerstands gegen die Diktatur, von der sie brutal verfolgt wurde, festigte die FA ihre Identität und schmiedete eine eigene Tradition als Partei. 1989 wurde ihr Kandidat Tabaré Vázquez zum Bürgermeister von Montevideo gewählt, wo beinahe die Hälfte der Bevölkerung des Landes lebt. Bei den nationalen Wahlen von 1994 erreichte die FA 30 %, nur geringfügig weniger als die *Colorado*- und die Nationalpartei, woraufhin diese eine Verfassungsänderung zur Einführung von Stichwahlen um das Präsidentenamt vorantrieben. Mit Unterstützung dieser beiden Parteien ging 1999 der derzeitige Präsident Jorge Batlle siegreich aus der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen hervor, nachdem zuvor Tabaré Vázquez die meisten Stimmen auf sich vereinigt und die *Frente Amplio* mit 40 % die Mehrheit im Parlament erlangt hatte.

Die Wirtschaftsdynamik

Auf wirtschaftlichem Gebiet behielten die dem Militärregime nachfolgenden Regierungen die während der Diktatur begonnene Strategie von Deregulierung sowie der Öffnung von Finanzwesen und Handel in ihren Grundzügen bei. Zur Veranschaulichung: zwischen 1985 und 1998 sank der Außenzoll Uruguays von durchschnittlich über 40% auf weniger als 13%.

Wenngleich Uruguay in dieser Hinsicht eine ähnliche Entwicklung durchläuft wie die Mehrzahl der Staaten der Region, so unterscheidet es sich doch in Bezug auf einen zentralen Aspekt der seit 1980 vorherrschenden Wirtschaftsorthodoxie; es geht um die Privatisierung des öffentlichen Sektors. Ein in diese Richtung zielendes Gesetz wurde zwar vom Parlament verabschiedet, aber 1992 durch ein Referendum wieder aufgehoben, als sich mehr als 70 % der Wähler dagegen aussprachen. Und noch immer plädiert die Mehrheit der uruguayischen Bürger dafür, das weite Netz staatlicher Unternehmen und Banken in öffentlicher Hand zu belassen. Nichtsdestotrotz sind verschiedene Betriebe teilprivatisiert worden. Der Anteil von Angestellten im öffentlichen Dienst an der ökonomisch aktiven Bevölkerung sank von ca. 24 % zu Ende der Diktatur auf derzeit 16 %.

Die wichtigsten neueren Verände-

rungen in der Wirtschaftsstruktur Uruguays wurden durch seine stärkere regionale Einbindung und den Wandel der internationalen Dynamik hervorgerufen. Im Jahr 1991 unterzeichneten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay den *Vertrag von Asunción* zur Gründung des MERCOSUR (*Mercado Común del Sur*; Gemeinsamer Markt des Südens). Damit wurden die großen Nachbarländer Brasilien und Argentinien wichtigste Handelspartner Uruguays. Parallel dazu beschleunigte sich die unilaterale Öffnung Uruguays zum Weltmarkt. Die Finanzlage Lateinamerikas allerdings war seit 1990 wieder gekippt: erneut floss mehr Geld in die Region hinein als aus ihr heraus. So gewann der Außensektor in der Wirtschaft Uruguays wieder mehr und mehr an Gewicht, und die überwiegend positive Handelsbilanz der achtziger Jahre wich einer chronisch defizitären.

In den letzten zehn Jahren wurde das Defizit durch Deviseneinnahmen vor allem aus dem Tourismus, durch Darlehen sowie durch die Einlagen bei den in Uruguay ansässigen Banken und in öffentlichen Wertpapieren kompensiert. Die Attraktivität des Landes als regionaler Finanzplatz genoss bei allen Regierungen immer besondere Priorität.

Unter diesen Umständen konnte die Produktion beträchtlich gesteigert werden - zwischen 1991 und 1998

Wenngleich Uruguay in dieser Hinsicht eine ähnliche Entwicklung durchläuft wie die Mehrzahl der Staaten der Region, so unterscheidet es sich doch in Bezug auf einen zentralen Aspekt der seit 1980 vorherrschenden Wirtschaftsorthodoxie; es geht um die Privatisierung des öffentlichen Sektors.

Tabelle 1: Die Handelsbilanz Uruguays, 1994 – 2002 (in Mio. US-Dollar)									
Jahr	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2002	2002
Exporte (FOB)	1913	2106	2397	2726	2769	2242	2300	2058	1861
Importe (CIF)	2786	2875	3336	3727	3811	3357	3466	3061	1964
Saldo	873	769	939	1001	1042	1115	1166	1003	103
Quelle: Wochenzeitschrift <i>Búsqueda</i> (4-9-2003), auf der Grundlage von Angaben der <i>Banco Central del Uruguay</i>									

Während der neunziger Jahre sorgten Argentinien und Brasilien für Prosperität in Uruguay, indem sie gut für die Exporte bezahlten und die Argentinier große Summen bei den als sicher geltenden Banken Uruguays anlegten. Mit Beginn der Rezession in den beiden Ländern löste sich die Prosperität in Nichts auf.

um durchschnittlich fast 4,5 % pro Jahr. Das ist viel mehr als in den Vorjahren und schon allein dadurch bemerkenswert, dass das Bevölkerungswachstum Uruguays weniger als 0,6 % im Jahr beträgt. Zu jener Zeit ließ die Inflation der nationalen Währung nach, und es war nun eine deutliche Dollarinflation zu verzeichnen, somit lag der reale Anstieg der Produktion weit unter dem des BIP in Dollar.

Die Verbesserung der durchschnittlichen Einkünfte ging folglich mit einer Schwächung großer Teile des produktiven Sektors einher. Außer beim Handel mit den Nachbarländern waren die Preisrelationen im Außenhandel allgemein von Nachteil für Uruguay. Dies erschwerte die Agrarexporte. In noch größere Schwierigkeiten geriet die Industrie, da sie nicht nur externe, sondern vor allem interne Märkte verlor. Das verarbeitende Gewerbe hatte um 1989 einen Anteil von knapp 30 % am BIP, zu Ende des folgenden Jahrzehnts hingegen nur noch weniger als 20 %.

Während der neunziger Jahre sorgten Argentinien und Brasilien für Prosperität in Uruguay, indem sie gut für die Exporte bezahlten und die Argentinier große Summen bei den als sicher geltenden Banken Uruguays anlegten. Mit Beginn der Rezession in den beiden Ländern löste sich die Prosperität in Nichts auf, und die Probleme im produktiven Sektor Uruguays verwandelten sich in eine Krise, wie sie das Land noch nie erlebt hatte.

Der soziale Wandel und seine Wahrnehmung

Vor Ausbruch der Krise hatten die von der Diktatur ererbten sozialen Indikatoren substanzielle Verbesserungen erfahren. Uruguay galt als

das Land mit den größten sozialen Errungenschaften in Lateinamerika.

Gegen Ende der neunziger Jahre wurde bekräftigt: „Uruguay ist im internationalen und regionalen Vergleich ein Land mit einem durchgehend hohen humanen Entwicklungsstand auf seinem gesamten Territorium“ (PNUD, 1999: 24). In dem zitierten Dokument wurden verschiedene zentrale Probleme aufgezeigt, gleichwohl stellte man fest, es sei „dem Land gelungen, einen ausgewogenen wirtschaftlichen und sozialen Kurs einzuschlagen, in einem durch und durch demokratischen und stark partizipatorischen System“ (PNUD, 1999: 27). Blind vor Selbstzufriedenheit, sahen die führenden Instanzen des Landes nicht, dass diese Entwicklung auf sehr wackligen Füßen stand.

Selbstverständlich war der Wandel auf sozialem Gebiet bemerkenswert. „Nach dem Ende der Diktatur lebte einer von drei Haushalten Uruguays unterhalb der Armutsgrenze, eine in der jüngeren Geschichte des Landes noch nicht da gewesene Situation“ (PNUD, 1999: 36). Wie dieselbe Quelle belegt, sank der Anteil der Haushalte unterhalb der Armutsgrenze von 37 % im Jahre 1986 auf 13 % 1994. Im Jahr 1997 stieg er auf 15,5 %.

Es waren beachtliche Anstrengungen auf diesem Gebiet unternommen worden: „Die öffentlichen Ausgaben für Soziales liefern [...] eine plausible Erklärung für die positiven Kennzahlen Uruguays im Index für Humanentwicklung“ (PNUD, 1999: 52). Und doch begann sich damals schon eine zutiefst Besorgnis erregende Tendenz abzuzeichnen: die sozusagen kollektive Entscheidung gegen das Wohl der unterprivile-

gierten Kinder. Dieses Problem verdient eine kurze Erläuterung.

Uruguay unterscheidet sich von den anderen Ländern Lateinamerikas dadurch, dass sich die Armut nicht in den Haushalten mit überwiegend älteren Menschen konzentriert, sondern in denjenigen mit vielen Kindern. „Das Verständnis der Mechanismen, mit denen das Land seine Senioren begünstigt und gleichzeitig die Kinder und Jugendlichen vernachlässigt bzw. ungenügend gefördert hat, stellt erste Weichen für die Beseitigung von zwischen den Generationen geschehenem Unrecht“ (PNUD, 1999: 59). Schon vor Beginn der jetzigen Krise lebten 40 % der Kinder unterhalb der Armutsgrenze. Zwischen 1989 und 1997, einer Phase relativen Aufschwungs, sank zwar die allgemeine Armut, die Kinderarmut jedoch nicht.

Dennoch kann bei Betrachtung der gesamten sozioökonomischen Entwicklung des Landes von 1985 bis 1997 bestätigt werden, dass Uruguay eine vorbildliche Demokratie aufgebaut hat, die ein zwar moderates, aber bedeutendes ökonomisches Wachstum mit einem spürbaren Abbau von Armut und Ungleichheit verbinden konnte. Der Vergleich mit dem viel bewunderten Beispiel Chile zeigt, dass der Transformationsprozess und das Wachstum der Wirtschaft Uruguays viel gemächlicher vonstatten ging, in bezug auf Gleichheit und die Abschaffung von Elend hingegen größere Erfolge erzielt wurden. Gegen Ende der neunziger Jahre stand Uruguay hinsichtlich des Index für Humanentwicklung unter Einbeziehung der Indikatoren für Ungleichheit an erster Stelle in Lateinamerika. Die langsame, kontinuierliche

Entwicklung erlangte sogar den Status eines Modells: Man sprach nun vom sogenannten „uruguayischen Gradualismus“.

Im Sturmwind

Im Laufe des Jahres 1998 begannen die negativen Faktoren in der Wirtschaft zu überwiegen. Die Abwertung der brasilianischen Währung im Januar 1999 war ein schwerer Schlag für Export und Produktion in Uruguay. Es entbrannte eine Diskussion darüber, ob die Krise schnell vorübergehen oder von Dauer sein würde. Nicht lange danach verlor die Viehwirtschaft Uruguays durch die erneut ausgebrochene Maul- und Klauenseuche bedeutende Absatzmärkte, die allerdings bis heute teilweise zurück erobert werden konnten. Der Zusammenbruch der argentinischen Wirtschaft Ende 2001 hatte sofortige und katastrophale Auswirkungen auf Uruguay. Heute, im fünften Jahr der Rezession, wird diskutiert, ob externe oder interne Faktoren die Krise hervorgerufen haben. Weitestgehend einig ist man sich aber darüber, dass dies die schlimmste Wirtschaftskrise in der Geschichte des Landes ist.

In den ersten sechs Monaten des Jahres 2002 kam es durch groß angelegte betrügerische Transferaktionen sowie den Ansturm argentinischer Anleger auf ihre Konten zu einem „run“ auf die Banken. Dabei wurde fast die Hälfte aller Deviseneinlagen aus dem Bankensystem Uruguays abgezogen. Auch die Unterstützung der Regierung für die in Schwierigkeiten geratenen Privatbanken konnte das Ruder nicht herumreißen und brachte vielmehr die staatliche Bank an den Rand der Zahlungsunfähigkeit. Die US-Regierung machte sich für einen Kredit

Der Vergleich mit dem viel bewunderten Beispiel Chile zeigt, dass der Transformationsprozess und das Wachstum der Wirtschaft Uruguays viel gemächlicher vonstatten ging, in bezug auf Gleichheit und die Abschaffung von Elend hingegen größere Erfolge erzielt wurden.

Die meisten Wirtschaftsanalysten sind jedoch der Ansicht, dass die Rezession ihren Tiefpunkt erreicht hat und die Produktion demzufolge von 2004 an spürbar ansteigen wird, wenn die ungenutzten Kapazitäten und die komparativen Vorteile der durch die Währungsabwertung in Uruguay entstandenen Preise ausgenutzt werden.

des IWF stark, der den Default verhindern konnte, aber die Außenschuld des Landes in die Höhe einer gesamten Jahresproduktion trieb.

Im Ergebnis kürzlich erfolgter Umschuldungsverhandlungen wurde die Laufzeit von Staatsanleihen bis 2008 verlängert, allerdings zu sehr hohen Zinsen - sie machen fast ein Viertel der Regierungseinnahmen und mehr als ein Viertel der gesamten Exporte aus. Auch die Schulden bei den internationalen Finanzinstitutionen, den Hauptfinanzierungsquellen eines defizitären Staates, sind sehr hoch. Die Abhängigkeit Uruguays von jenen Institutionen und von den USA ist also offenkundig, ebenso wie die latente Gefahr, über kurz oder lang erneut an den Rand der Zahlungsunfähigkeit zu geraten.

Die Investitionsschwäche hat in Uruguay eine lange Tradition. 1989, im letzten Jahr einer Phase des Aufschwungs, erreichten die Investitionen keine 16 % des BIP. Danach

schrumpften sie um fast die Hälfte, im Maschinen- und Anlagenbau sogar um schätzungsweise 66 %. Der Investitionsschwund, die extreme Kreditbeschränkung aufgrund des „runs“ auf die Banken und die allgemeine Unsicherheit erschweren die Wiederbelebung der Produktion.

Die meisten Wirtschaftsanalysten sind jedoch der Ansicht, dass die Rezession ihren Tiefpunkt erreicht hat und die Produktion demzufolge von 2004 an spürbar ansteigen wird, wenn die ungenutzten Kapazitäten und die komparativen Vorteile der durch die Währungsabwertung in Uruguay entstandenen Preise ausgenutzt werden.

Insgesamt wird für die fünf vergangenen Rezessionsjahre (1998 – Ende 2003) mit einem Produktionsrückgang von real fast 20 % gerechnet. In Anbetracht der Abwertung des uruguayischen Pesos wird das BIP in Dollar dieses Jahr nur knapp über der Hälfte des BIP von 1998 liegen.

Tabelle 2: Das Bruttoinlandsprodukt Uruguays, 1997 – 2002

Jahr	Reales Wachstum (in %)	BIP (in Mrd. US\$)	BIP pro Kopf (in US\$)
1997	5,0	21,95	6.648
1998	4,5	22,37	6.812
1999	-2,8	20,91	6.331
2000	-1,4	20,08	6.043
2001	-3,4	18,56	5.553
2002	-10,8	12,32	3.666

Quelle: Wirtschaftsbeilage von *El País* (4-9-2003)

Die Auswirkungen auf die Lebensbedingungen

Die sozialen Folgen der Krise sind noch nicht hinreichend studiert worden. Dennoch erlauben einige Daten erste Rückschlüsse über ihre Dimensionen.

Das *Instituto de Economía de la Universidad de la República* gibt an,

dass zwischen 1999 und 2002 der Reallohn um etwa 20 % sank, die Renten um 7,3 % und das Durchschnittseinkommen der Haushalte um 21,5 %. Ungefähr 17 % der ökonomisch aktiven Bevölkerung sind heute arbeitslos.

Nach Angaben des *Instituto Cuesta-Duarte* vom Gewerkschaftsdachver-

band PIT-CNT leben mehr als 30 % der Einwohner des Landes unterhalb der Armutsgrenze.

ZWEITER TEIL: Ein BLICK AUF DAS AKTUELLE PANORAMA

Die tieferen Wurzeln der Krise

Selbst unter Berücksichtigung der spezifischen Bedingungen, die zu ihrer Entwicklung beigetragen haben, stellt sich die Krise doch als Scheitern der von Uruguay in den neunziger Jahren vorangetriebenen allzu schnellen Eingliederung in die Weltwirtschaft dar. Auch in Argentinien und anderen Staaten Südamerikas ist dieses Phänomen zu beobachten. Deshalb bezeichnete die CEPAL kürzlich jene Phase von 1997 bis 2002 als „halbes verlorenes Jahrzehnt“, in Anlehnung an das „verlorene Jahrzehnt“ der achtziger Jahre, als die gesamte Region unter einem wirtschaftlichen und sozialen Niedergang litt.

Nach jenem enttäuschenden Jahrzehnt, in dem das Wachstum „nach innen“ in eine Sackgasse geraten war, wurde fast überall in Lateinamerika ein wirtschaftlicher Öffnungsprozess zur Erweiterung der Außenbeziehungen vorangetrieben. Er galt als Motor für ein nachhaltiges Wachstum neuen Stils und wurde oft mit dem Vorbild der ostasiatischen Länder und ihrem schnellen Aufbau einer Exportindustrie in Zusammenhang gebracht. Letztendlich flossen aber die dort gemachten Erfahrungen nicht wirklich in die Planung ein, genauso wenig wie die Grundtendenzen der neueren globalen Entwicklung.

Es ist bekannt, dass die heutige Wirtschaft immer mehr auf der direkten Nutzung neuer Erkenntnisse

basiert und ihr wichtigster Motor die technologisch-produktiven Innovationen sind. Die Wettbewerbsfähigkeit der produzierten Güter und Dienstleistungen misst sich zunehmend an ihrem „Mehrwert“ an Know-how. Unabhängig von konjunkturellen Schwankungen verlieren herkömmliche Produktionsweisen (primäre, sekundäre und tertiäre) kontinuierlich an relativem Gewicht, was sich in ganz konkreten Indikatoren spiegelt: Verlust interner und externer Märkte, Verschlechterung der Löhne und Gehälter, der Arbeitsbedingungen und des Beschäftigungsindex.

Jene Länder oder Regionen, denen es gelungen ist, die Lebensbedingungen ihrer Bevölkerung nachhaltig zu verbessern bzw. auf hohem Niveau zu halten, haben unterschiedliche wirtschaftliche und politische Wege verfolgt. Allen gemeinsam aber ist eine nachweisliche Steigerung des Know-how im Produktionsprozess sowie der Fähigkeit zu permanenter Innovation, die sie in die Lage versetzt, effizient auf kurzfristige Veränderungen zu reagieren.

Wie schon erwähnt, wurde Uruguay ungefähr zwischen 1990 und 1998 beinahe ohne eigenes Zutun von einem Wohlstands"shock" getroffen. Erinnern wir an die Hauptfaktoren: Der bedeutende Kapitalzufluss nach Lateinamerika im Zusammenhang mit dem problemlosen Zugang zu ausländischen Krediten führte zu einer Überbewertung der uruguayischen Währung und ließ damit die Importe in die Höhe schnellen. Durch die überbewertete Währung Argentiniens und Brasiliens konnte Uruguay vermehrt Güter und Dienstleistungen an seine großen Nachbarn verkaufen. Und

Selbst unter Berücksichtigung der spezifischen Bedingungen, die zu ihrer Entwicklung beigetragen haben, stellt sich die Krise doch als Scheitern der von Uruguay in den neunziger Jahren vorangetriebenen allzu schnellen Eingliederung in die Weltwirtschaft dar.

Spitze Zungen gingen soweit zu behaupten, das Land sei nichts als eine Bank mit Strand – übertrieben, sicherlich, aber nicht ganz aus der Luft gegriffen.

zwei ganz wesentliche Aspekte waren der starke Zustrom einerseits von argentinischen Touristen nach Uruguay sowie andererseits von Vermögen auf die Banken des Landes, da der Finanzplatz Uruguay als diskret und sicher angesehen wurde. Spitze Zungen gingen soweit zu behaupten, das Land sei nichts als eine Bank mit Strand – übertrieben, sicherlich, aber nicht ganz aus der Luft gegriffen.

Außer Zweifel steht, dass das Importieren und Reisen in Uruguay im erwähnten Zeitraum einfacher wurde – Produktion und Export gerieten aber in vielen Branchen in Schwierigkeiten. Dies belegt das hohe Handelsbilanzdefizit jener Dekade. Mit bemerkenswerter Kurzsichtigkeit wurde in den offiziellen Einschätzungen Mitte der neunziger Jahre die Prosperität an der Zahl der verkauften Neuwagen gemessen.

Tatsächlich hat es in fast allen Sektoren Unternehmen gegeben, die unter Aufbringung starken Engagements und hoher Innovationsfähigkeit ihre Rendite und sogar ihre Exporte beibehalten oder gar verbessern konnten. Sie bilden den Grundstein für eine eventuelle Konjunkturerholung. Allerdings stellen sie eine Ausnahme dar.

Die Politik hat weder direkt noch indirekt Investitionen in Ausrüstung, technologischen Fortschritt oder die Beschäftigung hochqualifizierter Arbeitskräfte gefördert, ebenso wenig wie die Umorientierung aller Produktionsstufen auf die Herstellung verarbeiteter Produkte mit hohem „intellektuellem“ Mehrwert.²

² „Die Verbesserung des Know-how auf dem Gebiet von Produktion und Export sowie die Einführung neuer Technologien tauchte in der Wirt-

Während der Phase des importierten Wohlstands wurden viele Produzenten, die nicht in der Lage waren, mit den eingeführten Waren zu konkurrieren und/oder ihre Exporte aufrechtzuerhalten, zu Importeuren. Ein solcher Prozess ist bekanntlich schwer rückgängig zu machen. Und bei Ausbruch der Krise – mit der Währungsabwertung, ausbleibenden Krediten und allgemein sinkenden Einkünften – geriet ein Großteil der Importeure in Bedrängnis. Statt 40.000 verkaufter Neuwagen pro Jahr waren es nun nur noch 4.000.

Die Krise zwingt zur Suche nach neuen produktiven Strategien und vor allem nach einer anders gearteten Einbindung in den Weltmarkt. Doch zuallererst stellt sich aufgrund der Krise, quasi als Grundlage jeglicher wirtschaftlicher und politischer Alternative, die besorgte Frage nach den Möglichkeiten jedes Einzelnen, seiner Familie, jeder sozialen Gruppe, des Landes als solchem.

Befindlichkeiten

Der vielleicht wichtigste Indikator der vorherrschenden Stimmungslage ist die neue Emigrationswelle. Uruguay war fast bis zur Hälfte des 20. Jahrhunderts Einwanderungsland. Die wirtschaftliche Stagnation der sechziger Jahre und die politische Verfolgung während der Diktatur verwandelten es in ein Land der Emigranten. Mit der Demokratie kehrten auch viele Exilanten zurück, der Migrationssaldo sank einige Jahre lang, stieg aber in letzter Zeit

schaftspolitik der letzten Jahrzehnte nicht als förderungswürdiger Anreiz auf.“ (Kommission zur Diagnose der aktuellen Lage im Land und für den Entwurf eines Krisenmanagements, Facultad de Ciencias Económicas y de Administración, Universidad de la República, April 2003)

wieder deutlich an. Von den über drei Millionen Uruguayern leben schätzungsweise 400.000 außerhalb der Landesgrenzen.

Die Beispiele ähneln sich: der Großvater oder Urgroßvater kam, meist aus Südeuropa, arm und fast als Analphabet, in den zwanziger oder dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts nach Uruguay. Hier schaffte er es zumeist, mit seiner Hände Arbeit für sich und seine Kinder ein neues Zuhause aufzubauen, vor allem für seine Kinder, die dann auch lernen und studieren konnten. Und der Enkel oder Urenkel, mit Hochschulabschluss und ohne Beschäftigung, geht wieder über den Atlantik zurück.

Unter den Jugendlichen ist die Überlegung, ob man gehen sollte bzw. dass es unvermeidlich ist zu gehen, häufig wiederkehrender Gesprächsstoff. Der Exodus wirkt demoralisierend auf diejenigen, die zurückbleiben. Das Gefühl, in Uruguay keine Zukunft zu haben, lähmt viele.

Gewiss, Zukunft stellt in der Postmoderne der westlichen Welt schon längst keinen Hoffnungsträger mehr dar. In Uruguay kann ein ähnliches Phänomen beobachtet werden, wenngleich in etwas abgewandelter Form: Man sehnt sich nach der Vergangenheit und befürchtet, dass die Zukunft noch trostloser sein wird als die Gegenwart.

Es wurde schon erwähnt, dass Uruguay den Status eines „Musterlandes“ erlangt hatte. Vor allem sah es sich auch selber so. Nach 1950 war die Selbstgefälligkeit derart im nationalen Selbstverständnis verankert, dass sie mitunter in offiziellen Verlautbarungen bizarre Züge annahm. Ein Staatspräsident drückte es nach einer Reise in die „Alte Welt“ unge-

fähr so aus: „Es heißt, Uruguay wäre die Schweiz Amerikas, aber nein: die Schweiz ist das Uruguay Europas.“

Die Selbstzufriedenheit erlebte in den neunziger Jahren ein wenn auch abgemildertes Comeback in einigen offiziellen Äußerungen und einzelnen Sektoren, ohne aber auf das Gros der Bevölkerung überzugehen. Es überwogen zunehmend die nostalgischen Erinnerungen an das „batllistische“ Uruguay, idealisiert zwar und zum Mythos geworden in kollektivem Gedächtnis und Tradition, aber doch auch zu Recht ersehnt angesichts der damals errungenen Leistungen wie Wohlstand, der relativ friedlichen Konfliktlösungsmechanismen, des geringen Grads an Ungleichheit und der guten sozialen Absicherung. Jene Errungenschaften, die in den Zeiten der Stagnation und verstärkt durch die Politik der Diktatur schwer in Mitleidenschaft gezogen wurden, danach teilweise jedoch wiederbelebt werden konnten, spiegeln sich noch heute in den vergleichsweise hohen Indikatoren der Humanentwicklung in Uruguay.

Ganz unabhängig von der Kluft zwischen Realität und Erinnerung - es ist nicht zu leugnen, dass Uruguay eher der Vergangenheit als der Zukunft zugewandt ist. Die individuelle Konsequenz ist die Emigration, die kollektive Konsequenz die Verteidigung all dessen, was vom „batllistischen Uruguay“ noch übrig ist.

Vergleich zweier „Modelle“

Die im vorigen Abschnitt beschriebene kollektive Option hat durch den Vergleich der Ereignisse in Argentinien und Uruguay nach 1990 eine Bestätigung erfahren. Beide Länder weisen große Unterschiede, aber auch große Ähnlichkeiten auf

Die Beispiele ähneln sich: der Großvater oder Urgroßvater kam, meist aus Südeuropa, arm und fast als Analphabet, in den zwanziger oder dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts nach Uruguay.

...
Der Enkel oder Urenkel, mit Hochschulabschluss und ohne Beschäftigung, geht wieder über den Atlantik zurück.

Die Bilder des Hungers und des Aufruhrs, der Plünderungen und Gewalt in Argentinien haben Uruguay erschüttert. Sie bestätigten einen Eindruck, den man stark vereinfacht folgendermaßen formulieren könnte: „Wenn so das neue Modell aussehen soll - Modernisierung oder Neoliberalismus, wie auch immer – dann doch lieber das alte Modell.“

und unterhalten enge Beziehungen. Was beim großen Nachbarn jenseits des Río de la Plata geschieht, ist in Uruguay wohl bekannt und bleibt nicht ohne Auswirkungen.

Stark vereinfacht kann man sagen, dass die Regierungen beider Länder zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts ein ähnliches Wachstumsmodell entworfen hatten. Es beruhte auf den Empfehlungen des *Washington Consensus* und beinhaltete die Privatisierung des ausgedehnten Netzes öffentlicher Unternehmen sowie die allgemeine Stärkung der Handelsbeziehungen.

In Uruguay wurde die Umsetzung einer solchen Politik teilweise durch die von Gewerkschaften und linken Bewegungen angeführte Opposition gebremst. In Argentinien wurde das Modell in der Menem-Ära mit Pauken und Trompeten durchgezogen, und gegen 1996/97 lagen dort die Einkünfte in Dollar deutlich über denen in Uruguay. Man musste annehmen, dass die „batllistische“ Nostalgie in Uruguay eine erfolgreiche Modernisierung *a la argentina* blockierte.

Im Rahmen dieses Beitrags kann nur angedeutet werden, was danach in Argentinien geschah. Die wichtigsten Aspekte sind bekannt und Bilder, die für sich sprachen, gingen um die Welt. Ein Land, das wie wenige andere auf der Erde mit natürlichen Ressourcen ausgestattet ist, das bei der Industrialisierung Lateinamerikas einen der vordersten Plätze einnahm, dessen Präsident es in den neunziger Jahren als zur Ersten Welt zugehörig erklärte, ein solches Land versank in einer Krise, wie sie nur wenige moderne Staaten außerhalb von Kriegszeiten erlebt haben, und fand einen großen Teil seiner Bevölkerung plötz-

lich unterhalb der Armutsgrenze wieder. Die ehemals staatlichen Betriebe, die in einem Sumpf der Korruption privatisiert worden waren und sich nun in ausländischen Händen befanden, stellten jetzt keine Einkommensquelle mehr für den Staat dar und forderten im Gefolge der Währungsabwertung zur Wiederherstellung ihrer Gewinnspannen Preiserhöhungen, die in keinem Verhältnis zu den Einkünften der Bevölkerungsmehrheit standen.

Die Bilder des Hungers und des Aufruhrs, der Plünderungen und Gewalt in Argentinien haben Uruguay erschüttert. Sie bestätigten einen Eindruck, den man stark vereinfacht folgendermaßen formulieren könnte: „Wenn so das neue Modell aussehen soll - Modernisierung oder Neoliberalismus, wie auch immer – dann doch lieber das alte Modell, ob nun „Batllismo“ oder Etatismus, egal, verteidigen wir es.“

Meinungsumfragen ergeben immer wieder, dass die klare Mehrheit der Bevölkerung gegen die Privatisierung staatlicher Unternehmen ist. Vor kurzem wurde ein Gesetz verabschiedet, das es dem Erdölimport- und -verarbeitungsunternehmen ANCAP (*Administración Nacional de Combustibles, Alcohol y Portland*) trotz Verbleib in der öffentlichen Hand erlauben soll, ein *joint venture* mit einem privaten Unternehmen einzugehen. Die Gegner des Gesetzes konnten erreichen, dass in einem Referendum am 7. Dezember dieses Jahres darüber abgestimmt wird, und bisherige Prognosen besagen, dass sie die Mehrheit hinter sich haben.

Derartige Mechanismen können – wenn auch stark vereinfacht – das Anwachsen der linken Wählerschaft erklären, die im heutigen Uruguay

eine politische Schlüsselposition einnimmt. Das Linksbündnis *Frente Amplio* – das nach der Aufnahme weiterer Organisationen in *Encuentro Progresista* (Fortschrittliche Übereinkunft) umbenannt wurde und sich demnächst als *Nueva Mayoría* (Neue Mehrheit) konstituieren wird – hat sich im Laufe eines vielschichtigen Prozesses nicht nur zur Opposition gegen das neoliberale Modell gemauert, wie alle linken Bewegungen des Kontinents, sondern gleichzeitig zum Verteidiger des „Batllismo“, der mehr oder weniger oberflächlich als Alternative zur Überwindung der Krise herangeführt wird, was auf jeden Fall ins Stimmungsbild der Mehrheit der Uruguayer passt.

Eine schwache Regierung am Ende ihrer Amtszeit

Präsident Jorge Batlle trat sein Amt am 1. März 2000 mit einem Koalitionskabinett aus seiner Partei (der *Colorado*-Partei) und der Nationalpartei an. Er hatte somit die Unterstützung der absoluten Mehrheit im Parlament. Geraume Zeit konnte er sich auch großer Zustimmung zu seinem Regierungsstil erfreuen. Davon kann heute kaum noch die Rede sein, aufgrund der objektiven Auswirkungen der Krise, zu einem Gutteil jedoch auch durch das Krisenmanagement der Regierung und speziell die Amtsführung des Präsidenten selbst.

Das Land hat während des „runs“ auf die Banken im Jahr 2002 große Finanzreserven verloren, die noch nicht genau beziffert werden konnten. Sowohl der Wirtschaftsminister als auch der Präsident der Zentralbank wurden entlassen, da ihre Amtsführung sehr fragwürdig war und nun auf parlamentarischer Ebene untersucht wird, wobei gut

möglich ist, dass die Angelegenheit vor Gericht geht.

Präsident Batlle hat sich dadurch hervorgetan, seine Meinung immer sehr selbstgefällig und meistens ziemlich taktlos zu äußern. Es ist hier nicht angebracht, Anekdoten aufzulisten, zum besseren Verständnis sei nur an die Behauptung Batlles erinnert, eine Krise wie in Argentinien wäre in Uruguay unmöglich, unter anderem wegen eines wesentlichen Unterschieds zwischen beiden Ländern – die Argentinier wären nämlich allesamt Gauerner. Batlle begab sich daraufhin unverzüglich nach Buenos Aires, um unter Tränen und vor laufenden Kameras um Verzeihung zu bitten. Solche Beiträge erklären auch, weshalb die Befürworter des Gesetzes über ANCAP, welches im Dezember dem Referendum unterzogen werden soll, keinen Wert auf eine Wortmeldung des Präsidenten zu ihrer Verteidigung legen, weil sie das für absolut kontraproduktiv halten.

Die Nationalpartei hat ihre Kabinettsmitglieder zurückgezogen, womit die Regierung ihre Parlamentsmehrheit verlor. Auch Alejandro Aichugarry, ein erfahrener Politiker und quasi „Aushängeschild“ der Regierung, hat seinen auf dem Höhepunkt der Krise 2002 übernommenen Posten des Wirtschaftsministers im August 2003 wieder abgegeben. Er unterschied sich durch Engagement und Umsicht selbst in schwierigen Situationen sowie durch seine Dialogbereitschaft und die Suche nach einvernehmlichen Lösungen – *a la uruguaya*, wie er zu sagen pflegte – vom bis dahin in der Regierung verbreiteten Stil. All dies verschaffte ihm beträchtliches Vertrauen und brachte ihm faktisch

Präsident Jorge Batlle trat sein Amt am 1. März 2000 mit einem Koalitionskabinett aus seiner Partei und der Nationalpartei an. Er hatte somit die Unterstützung der absoluten Mehrheit im Parlament. Geraume Zeit konnte er sich auch großer Zustimmung zu seinem Regierungsstil erfreuen. Davon kann heute kaum noch die Rede sein

Was Uruguay gerade durchmacht, gleicht wahrlich dem Ende einer Dynastie. In der politischen Landschaft herrscht Einigkeit darüber, dass mit den nächsten Wahlen höchstwahrscheinlich die Linke Regierungsverantwortung übernimmt, zum ersten Mal in der Geschichte des Landes.

den Status eines „Premierministers“ ein. Nach seinem Rücktritt wechselte Atchugarry in den Senat und wurde im Wirtschaftsministerium durch den Ökonomen Isaac Alfie ersetzt. Der US-Botschafter in Montevideo versandte ein ungewöhnliches Kommuniqué, in dem er die Designierung des neuen Ministers begrüßte. Der Präsident erklärte den Wechsel damit, dass die politische Phase vorüber sei und nun eine rein fachliche Etappe beginne.

Die Parlamentswahlen sowie die erste Runde der Wahlen für das Präsidentenamt werden zeitgleich im Oktober 2004 stattfinden. In starker Abhängigkeit von Washington und sehr geschwächt im Innern, erreicht die Regierung die Endphase ihrer Amtszeit in einem Klima allgemeiner Unzufriedenheit.

Die Parteienlandschaft

Was Uruguay gerade durchmacht, gleicht wahrlich dem Ende einer Dynastie. In der politischen Landschaft herrscht Einigkeit darüber, dass mit den nächsten Wahlen höchstwahrscheinlich die Linke Regierungsverantwortung übernimmt, zum ersten Mal in der Geschichte des Landes.

Laut Meinungsumfragen gäben derzeit etwa 50 % ihre Stimme der *Frente Amplio* (FA) und ihren Verbündeten, während *Colorado*-Partei und Nationalpartei zusammen nur wenig mehr als 30 % erreichen würden. Knapp 20 % der Befragten äußern sich nicht dazu.

Die eigentlichen Gründe für die Vorhersage eines Triumphes der FA und ihrer Verbündeten liegen jedoch viel tiefer. Die Wählerschaft der FA ist seit 1989 systematisch und relativ gleichmäßig angestiegen. Nach einer Analyse der Wahl-

ergebnisse von 1971 bis 1994 wurde für die Wahlen von 1999 prognostiziert, dass die „etablierten“ Parteien (*Colorados* und *Blancos*) gemeinsam knapp 58 % der Stimmen erhalten würden, während die „Herausforderer“ (Linke und Mitte-Links) zusammen auf fast 42 % kommen könnten (González 1999). Die Wahlergebnisse beliefen sich auf rund 55 % für die „etablierten“ Parteien und rund 44 % für die „Herausforderer“.

Diese Tendenz reflektiert zunächst einmal die Tatsache, dass die „Herausforderer“ ihre Klientel vorwiegend aus den natürlich wachsenden Sektoren rekrutieren: den Jugendlichen, die über ein besseres Bildungsniveau verfügen und in den Städten leben. Verstärkt wird diese Tendenz durch die Auswirkungen der schweren Krise (zur Erinnerung: die Arbeitslosigkeit nähert sich der 20-Prozent-Marke, und der durchschnittliche Einkommensrückgang in den fünf Jahren seit 1998 wird auf fast 25 % beziffert). In der Tat ist sich die große Mehrheit der Bevölkerung darüber einig, dass die Regierung mit den anstehenden Problemen falsch umgegangen ist. Daneben spielt auch eine Rolle, dass sich in den letzten zehn Jahren die Anzeigen wegen Korruptionsaffären gehäuft haben, in welche die beiden traditionellen Parteien verwickelt waren. Einige ihrer Mitglieder kamen aufgrund der Anzeigen ins Gefängnis.

Die FA sammelte erste Regierungserfahrung in der Stadtverwaltung von Montevideo, die sich seit 1989 in ihren Händen befindet. Zunächst übernahm der schon erwähnte Tabaré Vázquez das Bürgermeisteramt, bei den folgenden beiden Wahlen wurde der Architekt Maria-

no Arana mit übergroßer Mehrheit zum Bürgermeister gewählt. Seine Amtsführung ist von Kritik nicht verschont geblieben, auch nicht von einzelnen Anzeigen bezüglich unlauterer Praktiken einiger seiner Mitarbeiter, wobei keine von der Justiz bestätigt werden konnte. Aranas Verdienst sind weniger große Neuerungen als vielmehr der ihm eigene, Sympathie erweckende Arbeitsstil. Überhaupt wird der Kommunalverwaltung der FA ein höherer Grad an sozialer Sensibilität nachgesagt als den nationalen Regierungen. Es steht außer Zweifel, dass die FA, und besonders Bürgermeister Arana, in Montevideo die Unterstützung der breiten Mehrheit hat.

Die *Frente Amplio* ist einerseits eine sehr heterogene Koalition von verschiedenen Gruppen, in der alle für das Spektrum von Mitte bis Links charakteristischen Meinungen, Haltungen und Stimmungen anzutreffen sind. Andererseits handelt es sich um eine Partei neuen Typs, welche durch folgende wesentliche Faktoren geeint wird: (i) eine lebendige Tradition schwerer gemeinsamer Kämpfe; (ii) das Praktizieren interner Konfliktlösungsmechanismen, die verhindern sollen, was von außen immer wieder als unvermeidlich prophezeit wird - das Auseinanderbrechen eines Überrestes der einstigen „Volksfronten“; und (iii) *last but not least*, die Annäherung an Regierungsverantwortung. Letzteres hat in Zusammenhang auch mit dem Wegbrechen des sowjetischen Modells und dem allgemeinen Bedeutungsverlust linker Ideologien den Ideenstreit innerhalb der FA zurückgedrängt. Das aber war von Vorteil für ihren Wahlkampf: Die FA wird nicht mehr als Verfechter radikaler Veränderungen

angesehen und gefürchtet. Was zunimmt, ist die Bereitschaft, *Frente Amplio* wählen, nicht die Zahl der Sympathisanten linker Ideen.

Der Koalition fällt es sehr schwer, konkrete Vorschläge zur Lösung umstrittener Fragen zu entwickeln, sie erreicht aber fast immer große Mehrheiten oder interne Einstimmigkeit, wenn es um die Ablehnung von Regierungsprojekten geht, gegen die sie ein beachtliches Mobilisierungspotential entwickeln kann. Sie steht vereint hinter der Präsidentschaftskandidatur von Tabaré Vázquez, einem angesehenen Krebspezialisten, der 1989 in die Politik ging und seine große Fähigkeit bewies, auch die Wähler zu gewinnen, die der Linken traditionell ablehnend gegenüberstehen. Sein Führungsstil wird oft kritisiert, aber nicht wirklich in Frage gestellt. Alles in allem ist die FA eine effiziente Oppositionspartei, die den Widerspruchsgestalt innerhalb der Bevölkerung adäquat vertreten kann. Somit wäre es möglich, dass sie schon im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen von 2004 die absolute Mehrheit erreicht.

Colorado- und Nationalpartei sowie alle liberalen und einige sozialdemokratisch geprägte Intellektuelle sehen in der FA eine Gruppierung, in der nicht zu vereinbarende Positionen vertreten sind und die von überholten Ideologien sowie der Nostalgie nach dem „real existierenden Sozialismus“ dominiert wird. Die Kritiker behaupten, dass in den Diskussionen innerhalb der FA moderate, konstruktive und dialogbereite Stimmen systematisch von estatistischen Hardlinern, meist Staatsbediensteten, niedergemacht würden, um korporative Interessen zu verteidigen. Sie halten Tabaré

Die FA wird nicht mehr als Verfechter radikaler Veränderungen angesehen und gefürchtet. Was zunimmt, ist die Bereitschaft, *Frente Amplio* wählen, nicht die Zahl der Sympathisanten linker Ideen.

Die *Colorados* stellten für gewöhnlich die Regierung. Die Nationalpartei etablierte sich als traditionelle Opposition mit wirtschaftsliberalen Auffassungen. Die Zeiten haben sich jedoch geändert. Heute sind die Differenzen innerhalb dieser beiden Parteien stärker als die zwischen ihnen.

Vázquez für einen wenig vertrauenswürdigen Politiker ohne klare Linie und mit unvorhersehbarem Kurs, der nicht die nötige Reife für das Präsidentenamt aufweist. Die Vorschläge der FA – spezielle Fördermaßnahmen und Subventionen, gezielte Förderung einzelner Branchen, verstärkte Kontrolle der Finanzaktivitäten, Importbeschränkungen, eine zentrale Rolle des Staates – stellten nichts als den Versuch der Wiedereinführung von gescheiterten Modellen dar, seien schlicht und einfach in der Welt von heute undurchführbar und böten keinen Ausweg aus der Krise.

Rein ideologisch und sehr allgemein betrachtet sind sowohl *Colorado* als auch Nationalpartei liberal-demokratische Parteien. Die *Colorado*-Partei stützte sich traditionell mehr auf die Vorstellungen des klassischen Liberalismus, während die Nationalpartei stärker dem katholischen Gedankengut verbunden war. Im Lateinamerika des 19. Jahrhunderts waren die *Colorados* eine Art liberale und die *Blancos* eher eine konservative Partei. Die Hafen- und Hauptstadt Montevideo mit vielen Immigranten war die Hochburg der *Colorados*, während die *Blancos* ihren Rückhalt im ländlichen Hinterland hatten und auf Nationalismus setzten. In diesem Kontext entstand zu Beginn des 20. Jahrhunderts in der *Colorado*-Partei der „Batllismo“, eine periphere Sozialdemokratie sui generis. Die *Colorados* stellten für gewöhnlich die Regierung. Die Nationalpartei etablierte sich als traditionelle Opposition mit wirtschaftsliberalen Auffassungen. Die Zeiten haben sich jedoch geändert. Heute sind die Differenzen innerhalb dieser beiden Parteien stärker als die zwischen ihnen,

so dass die internen Führungskämpfe sogar zu zwischenparteilichen Verflechtungen führen.

In der *Colorado*-Partei gibt es zwei Lager, die häufig aufeinanderprallen, normalerweise aber ihre Differenzen mit einer von langer Regierungserfahrung zeugenden Professionalität austragen, um auch weiterhin an der Regierung zu bleiben. Das eine Lager schart sich um die „Liste 15“ (so benannt nach ihrer Listennummer bei den Wahlen), mit dem derzeitigen Präsidenten Jorge Batlle, einem Großneffen des Gründers des „batllismo“. Batlle behält zwar jenen Terminus bei, seine Auffassungen gehen aber in eine grundsätzlich andere Richtung. Während seiner langen politischen Laufbahn vertrat er ein „Entbatllisierungs“-Programm, das auf der einfachen und naheliegenden Gleichsetzung von offener Gesellschaft mit offener Wirtschaft basierte.“ (Instituto de Ciencia Política 2003: 38). Jahrelang hatte er die sofortige Reduzierung von Bedeutung und Einfluss des Staates sowie den Vorrang privaten Engagements propagiert. Das andere Lager, „Foro Batllista“ genannt, steht hinter dem früheren Präsidenten Sanguinetti, der eine Art „sozialen Liberalismus“ vertritt: dem Staat müsse eine gewisse Einflussnahme vorbehalten bleiben, und die liberalisierenden Reformen müssten schrittweise angewendet werden – in der Tradition des „uruguayischen Gradualismus“. Während der parteiinternen Wahlen von 1999 siegte Jorge Batlle über den Kandidaten des *Foro Batllista*, Luis Hierro, mit dem er anschließend in die nationalen Wahlen zog. So wurde Hierro Vizepräsident und leitet in diesem Amt sowohl den Senat als auch die Generalver-

sammlung, in der sich die beiden Parlamentskammern (Senat und Abgeordnetenhaus) zusammenfinden. Bei den nächsten Wahlen wird das Batlle-Lager wohl dem von Sanguinetti unterliegen, da letzteres zwar die Regierung unterstützt hat, aber weniger in sie involviert war.

Sollte Sanguinetti vorhaben, sich zum dritten Mal für das Präsidentenamt zur Verfügung zu stellen, werden ihm in der *Colorado*-Partei wohl kaum Steine in den Weg gelegt werden, schließlich ist er der Wahl-Trumpf der *Colorados*. Er genießt großen Respekt im Ausland und Anerkennung aufgrund seiner Verdienste als Staatsoberhaupt, stößt aber auch auf Ablehnung, und zwar nicht nur in linken Kreisen. Einige seiner Mitstreiter standen erst kürzlich wegen Korruption vor Gericht. Im Umfeld der FA ist er vor allem durch seine Blockadehaltung betreffs der Untersuchungen zu den während der Diktatur begangenen Menschenrechtsverletzungen und dem Schicksal der „Verschwundenen“ in Verruf geraten. Die große Unbekannte ist, ob Sanguinetti in einer eventuellen Stichwahl gegen Tabaré Vázquez auf die Wählerschaft der Nationalpartei zählen kann.

Die Nationalpartei wiederum, die im ersten Wahlgang 1999 weit abgeschlagen Dritte wurde, wird das Problem haben, sich spürbar, aber doch nicht allzu stark von der Regierung der *Colorado*-Partei abzugrenzen. Sie muss sowohl der *Frente Amplio* als auch der *Colorado*-Partei Stimmen abtrotzen können, um zu verhindern, dass die eine schon aus dem ersten Wahlgang als Sieger hervorgeht und die andere mehr Stimmen als sie erhält. Wenn ihr das gelingt, kann sie in der zwei-

ten Runde mit den Stimmen der Mehrheit der *Colorado*-Wählerschaft rechnen, ebenso wie mit der ausdrücklichen Unterstützung der Parteiführung der *Colorados*, den entschiedensten Gegnern der Linken und ihres Kandidaten.

Innerhalb der Nationalpartei gibt es eine große, gut konsolidierte Fraktion, die aber nicht die absolute Mehrheit erreicht, während der Rest der Partei stark zersplittert und kaum strukturiert ist. Die große Fraktion folgt den Ideen des „herrerismo“, so benannt nach ihrem Gründer Luis Alberto de Herrera, und wird von dessen Enkel, Luis Alberto Lacalle, geführt. Letzterer hatte die Präsidentschaftswahl von 1989 gewonnen und mit Unterstützung seines damals unterlegenen Rivalen Jorge Batlle ein entschlossenes Programm zur Privatisierung, Deregulierung und Öffnung der Wirtschaft in Gang gebracht. Diese Strategie ist charakteristisch für sein politisches Lager, dessen Stärke in der Klarheit seines Programms sowie der Versiertheit seines Chefs in Sachen Wahlkampf besteht. Die Schwäche des „herrerismo“ liegt darin, dass besagtes Programm bis heute kaum gegriffen hat und dass v. a. führende Politiker aus seiner eigenen Partei Korruptionsvorwürfe gegen Lacalle erhoben haben, die ihm bei den letzten Wahlen beträchtlichen Stimmenverlust einbrachten. Die andere Hälfte der Nationalpartei hat erstens das Problem, sich sowohl vom „knallharten“ Neoliberalismus Lacalles und Batlles als auch von der „etatistischen und verantwortungslosen Linken“ abgrenzen zu müssen. Zweitens hat sie damit zu kämpfen, ihre Differenzen auszugleichen und einen eigenen Kandidaten aufzustellen, um so

Sollte Sanguinetti vorhaben, sich zum dritten Mal für das Präsidentenamt zur Verfügung zu stellen, werden ihm in der Colorado-Partei wohl kaum Steine in den Weg gelegt werden, schließlich ist er der Wahl-Trumpf der Colorados.

Selbst wenn die Produktivität wieder einigermaßen in Schwung kommt, ist davon auszugehen, dass ohne tiefgreifende Veränderungen sowohl bei der Mittelvergabe als auch der Transparenz und Effizienz ihrer Verwendung - keine auch nur annähernd zufriedenstellende Lösung der sozialen Probleme zu erwarten ist.

bei den nächsten parteiinternen Wahlen Lacalle von der Parteispitze verdrängen und der nationalen Wählerschaft eine neue Option bieten zu können. Ihre Chance – wenngleich sie auch derzeit gering erscheinen mag – besteht darin, dass alle anderen erwähnten Vorkandidaten schon bei mehreren Präsidentschaftswahlen kandidiert haben und seit mindestens einem Jahrzehnt, wenn nicht noch länger, die politische Szenerie des Landes maßgeblich mitbestimmt haben.

Im Juni 2004 werden parteiinterne Wahlen abgehalten, in denen alle Parteien ihren jeweiligen Präsidentschaftskandidaten bestimmen. Ende des Jahres finden dann die nationalen Wahlen statt, und Anfang 2005 nehmen sowohl der gewählte Präsident als auch das Parlament ihre Tätigkeit auf. Wer auch immer das dann sein mag, steht vor schwerwiegenden und schwer zu treffenden Entscheidungen.

AUSBLICK

Die Außenabhängigkeit Uruguays lässt sich mittlerweile über mindestens einhundert Jahre zurückverfolgen. Gegenwärtig unterliegen die Regierungsgeschäfte einer ständigen Kontrolle durch den IWF, der auf dieser Grundlage über die Gewährung weiterer Kredite befindet. So legt es ein Abkommen mit dem IWF fest, das immer kurz vor der Amtsübernahme einer neuen Regierung abläuft, was zur Folge hat, dass die eventuelle Verlängerung während des Wahlkampfs diskutiert wird. Der IWF forderte Uruguay wiederholt zur Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen auf. Sollte er von dieser Frage die weitere Unterstützung abhängig machen, könnte das Linksbündnis, noch dazu

vor seinem möglichen Sieg, in die Bredouille geraten, entweder von seinem Programm abrücken zu müssen oder binnen kurzem vor der Zahlungsunfähigkeit zu stehen. Ganz unabhängig davon wird es sehr schwierig, den Schuldendienst nach dem vereinbarten Fahrplan abzuleisten, vor allem ab 2008, wenn die Laufzeit für die gerade neu verhandelten Staatsanleihen zu Ende geht.

Zum anderen wird in nächster Zeit das Thema der raschen Ausbreitung von Armut und sogar extremer Armut ganz oben auf der politischen Tagesordnung des Landes stehen. Die jüngsten Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und den stark unterbezahlten Angestellten des Gesundheitssektors bestätigen diese Tendenz. Selbst wenn die Produktivität wieder einigermaßen in Schwung kommt, ist davon auszugehen, dass ohne tiefgreifende Veränderungen – sowohl bei der Mittelvergabe als auch der Transparenz und Effizienz ihrer Verwendung – keine auch nur annähernd zufriedenstellende Lösung der sozialen Probleme zu erwarten ist.

Die Möglichkeiten der Wirtschaft sind begrenzt. Dennoch könnte das Sinken der internen Dollarpreise einen wesentlichen Anstieg der Einkünfte sowohl aus dem Tourismus als auch aus dem Export von Holz, Fleisch, Reis, Lederwaren und anderer Güter erlauben. Das aktuelle Angebot jedoch ist weder groß noch vielseitig. Man setzt vorwiegend auf den Export von Primärprodukten mit geringem intellektuellem Mehrwert, was schwerlich einen größeren Zuwachs von Beschäftigung und Produktion erwarten lässt.

Um die Zersplitterung der Sektoren durch Konkurrenzkämpfe zu ver-

meiden, ist es unabdinglich, neue Perspektiven für einen kollektiven Fortschritt zu öffnen.

Derzeit besteht eine geringe und möglicherweise zeitlich begrenzte, aber realistische Möglichkeit, einen neuen Entwicklungsweg zu beschreiten. Die spärlichen Erfolge des orthodoxen Glaubens, Entwicklung mit Wirtschaftswachstum gleichzusetzen und in letzterem das direkte Ergebnis des freien Spiels der Marktkräfte zu sehen, eröffnen auf theoretischer Ebene Raum für die Suche nach weniger schematischen und dafür zukunftsfähigeren Alternativen. In eine solche Richtung könnte der „Neubeginn für den MERCOSUR“ zielen, den die Regierungen Brasiliens und Argentiniens gemeinsam vorgeschlagen haben. Dieser Vorstoß bietet Uruguay Gelegenheit, auch in Zusammenhang mit der vorübergehenden Atempause dank der kürzlich erfolgten Umschuldung öffentlicher Anleihen, seine Optionen für die Zukunft zu überdenken.

Kennzeichen eines neuen Entwicklungsweges wäre die Anerkennung des zentralen Stellenwerts von sowohl Staat als auch Markt, ohne dass einem von beiden eine Führungsrolle zukäme. Statt in der sterilen Gegenüberstellung von Staat und Markt zu verharren, müsste der Schwerpunkt der neuen Entwicklung auf dem vereinten Engagement verschiedener Akteure und der Schaffung der dafür notwendigen institutionellen Strukturen liegen. Sie könnte auf den in Uruguay verfügbaren bedeutenden Kooperationsfähigkeiten – auch „Sozialkapital“ genannt – aufbauen. Ebenso müsste sie sich auf die in allen Sektoren des Landes vorhandenen Produktionskapazitäten stützen, von

den traditionellsten bis zu den neuen, mit Spitzentechnologie arbeitenden Unternehmen. Im Bereich der internationalen Zusammenarbeit ginge es darum, sich um günstige Kooperationsmöglichkeiten und auch um Unterstützung zu bemühen, ohne dabei jedoch in eine Anwartschaft auf den Status „Nehmerland“ zu verfallen.

Trotz der Krise konnten eine Reihe von Erfolgen erzielt werden. Sie alle waren Ergebnis des Zusammenspiels von starkem Einsatz und Innovationen. Jene Erfahrungen publik zu machen und aus ihnen zu lernen, wäre ein Schlüssel zu der hier vorgeschlagenen neuen Entwicklung. Diese muss über mindestens drei Stützpfeiler verfügen:

- (i) ein flexibleres und kreativeres Wirken des Staates, das individuellen und kollektiven Initiativen der Staatsbediensteten Freiraum lässt;
- (ii) eine alternative Wirtschaftsstrategie, die auf die systematische Erhöhung des Know-how zielt, nicht nur im Bereich einiger Dienstleistungen und des „High Tech“, sondern bei allen produktiven Tätigkeiten, v.a. jenen, die auf einen reichen Erfahrungsschatz zurückgreifen; und
- (iii) die langfristige Konzentration auf die Ausweitung der berufsbegleitenden Fort- und Weiterbildung, um das reichhaltige Erbe Uruguays auf dem Gebiet der Bildung wiederzubeleben, welches zwar stark gelitten hat und veraltet ist, aber noch viel schöpferisches Potential wecken kann.

Der öffentliche Sektor sollte die in der Gesellschaft vorhandenen Kapazitäten ausbauen, indem er das

Statt in der sterilen Gegenüberstellung von Staat und Markt zu verharren, müsste der Schwerpunkt der neuen Entwicklung auf dem vereinten Engagement verschiedener Akteure und der Schaffung der dafür notwendigen institutionellen Strukturen liegen.

Miteinander der im System funktionierenden Kräfte fördert. Der Politik obliegt es, richtungsweisend und beispielgebend die kollektiven Anstrengungen zu bündeln.

Ohne einen neuen Entwicklungsweg wird das inzwischen alt und miss-
trauisch gewordene Uruguay, mit

einem zwar noch hohen Niveau der Humanentwicklung, aber fehlenden produktiven Kapazitäten zur Aufrechterhaltung dieses Niveaus, wahrscheinlich in eine mehr oder minder traumatische Dekadenz verfallen.

Literaturverzeichnis

In Anbetracht des Charakters der Arbeit wurde die Anzahl der Zitate und Quellenangaben begrenzt. Eine ausführlichere Behandlung verschiedener hier angerissener Themen sowie umfassende Bibliographien sind in den Arbeiten des Instituto de Economía (2001) und des Instituto de Ciencia Política (2003) zu finden.

González, Luis E. (1999): "Introducción: los partidos establecidos y sus desafiantes", in: González / Monestier / Queirolo / Sotelo: Los partidos políticos uruguayos en tiempos de cambio, Montevideo: Fundación de Cultura Universitaria.

Instituto de Economía (2001): El Uruguay del siglo XX. La Economía, Ediciones de la Banda Oriental, Montevideo.

Instituto de Ciencia Política (2003): El Uruguay del siglo XX. La Política, Ediciones de la Banda Oriental, Montevideo.

PI-CNT, Instituto Cuesta-Duarte (Juli 2003): Informe de coyuntura, Montevideo.

PNUD (1999): Desarrollo Humano en Uruguay, 1999, Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo, Montevideo.

IBERO-ANALYSEN

bisher erschienen:

- Heft 1:** Mario Solórzano: Vorwärts in die Vergangenheit oder rückwärts in die Zukunft? Wahlen zum Ende des Jahrhunderts in Guatemala (Oktober 1999)
- Heft 2:** Raúl Leis: Panama und die Übergabe der Kanalzone. Große Herausforderungen für ein kleines Land (Dezember 1999)
- Heft 3:** Jörg Meyer-Stamer: Über den Verlust von Dekaden und den Verlauf von Lernkurven. Wirtschaftlicher Strukturwandel und die Irrungen und Wirrungen der wirtschaftspolitischen Diskussion in Brasilien (Mai 2000)
- Heft 4:** Raúl Trejo Delarbre: Die neue demokratische Ungewissheit in Mexiko. Ein kurzer Bericht vor den Wahlen (Juni 2000)
- Heft 5:** Jürgen Weller: Lohnarbeit und Beschäftigungsentwicklung im Lateinamerika der 90er Jahre. Erwartungen, Ergebnisse und Perspektiven (September 2000)
- Heft 6:** Alvaro de la Ossa: Der zentralamerikanische Integrationsprozess. Ende einer Entwicklungsalternative (Dezember 2000)
- Heft 7:** Friedrich Welsch / José Vicente Carrasquero: Venezuela unter Chávez: Zwischen demokratischer Revolution und Caudillismo (Januar 2001)
- Heft 8:** Nicolás Lynch Gamero: Peru nach Fujimori. Welche Chance hat die Demokratie? (Februar 2001)
- Heft 9:** Hartmut Sangmeister: Zehn Jahre MERCOSUR. Eine Zwischenbilanz (März 2001)
- Heft 10:** Günther Maihold: Aufbruch in Mexiko? Die langen „ersten 100 Tage“ der Regierung Fox (Dezember 2001)
- Heft 11:** Peter Birle: Lateinamerika und die USA. Coming Together? (Dezember 2003)
- Heft 12:** Hugo Fazio Vengoa: Spanien und Lateinamerika: Die europäische Dimension der Beziehungen (November 2003)
- Heft 13:** Rodrigo Arocena: Uruguay: Zwischen Niedergang und neuen Wegen (November 2003)

© Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz, Potsdamer Straße 37,
10785 Berlin

ISBN 3-935656-14-9